Nr. 528 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 262

Abend-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36.— M., monatl. 12.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22.— M., für das übrige Ausland 29.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareillezeile kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Dienstag, den 8. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Zollbeschlagnahme und Devisenüberwachung?

Paris, 8. November. (EE.) In der Montagsitzung der französischen Finanzkommission sprach der Generalberichterstatter der Kommission, Delasterie, der soeben von einer Reise aus Berlin zurückkehrte, über die deutsche Finanzkrise. Er gab der Befürchtung Ausdruck, daß die fortwährende Banknotenemission des Deutschen Reiches das Reich zum Bankrott treibe. Die Großindustrie betrachte diesen Bankrott als das beste Mittel, um sich den Reparationszahlungen zu entziehen, und die Regierung mache nichts, um diesen Bankrott zu verhindern. Sie lasse es zu, daß die Kapitalisten ihr Geld ins Ausland bringen und ungeheure Aufkäufe von englischen und amerikanischen Devisen tätigen. Auf dem Papier weise das deutsche Budget ein Defizit von mehr als 100 Milliarden auf. Gegenüber einer solchen Unordnung in den deutschen Finanzen müsse man nicht erstaunt sein, wenn die Mark von Tag zu Tag weiter sinke. Der Zusammenbruch Deutschlands werde nur ein Zusammenbruch des Geldes, keinesfalls aber ein wirtschaftlicher Zusammenbruch. Die Mark könne auf das Niveau der österreichischen Krone sinken, aber Deutschland werde seine Industriemacht in der Welt aufrechterhalten. Die Alliierten würden also immer in der Lage sein, sich Pfänder zu sichern, aber unter der Bedingung, daß sie diese Pfänder auszubeuten verstehen. Bisher habe die Reparationskommission in dieser Angelegenheit nichts getan. Jetzt endlich scheine sie sich dazu aufzuraffen. Aber sie habe bereits zwei Jahre verstreichen lassen, sich der Rechte, die ihr der Friedensvertrag einräumte, zu bedienen. Sie sei in Paris geblieben, wo sie keine Kontrolle über die deutschen Finanzen ausüben könnte. Diese Kontrolle muß so rasch wie möglich ausgeübt werden. Die Interalliierte Kommission muß die deutschen Zölle beschlagnahmen und das Devisengeschäft in Deutschland überwachen. Deutschland müsse aufhören, außerordentliche Ausgaben zu machen. Es müsse seine Steuern regelmäßig erheben und die Emission von Banknoten einstellen. In der gegenwärtigen Lage könnte Deutschland auf Schwierigkeiten stoßen, um sich die ihm vom Londoner Ultimatum vorgeschriebenen Devisen zu verschaffen. Frankreich hat dies auch anerkannt und deshalb das Abkommen von Wiesbaden geschlossen, um Reparationszahlungen in natura zu erhalten. Man müsse sich fragen, ob Deutschland Anstrengungen machen wolle, um die Reparationszahlungen zu leisten, oder ob es der Stimme der Junker und Großindustrie folgen wolle, die nicht zufrieden seien, Deutschland zum Kriege getrieben zu haben, sondern es auch noch zum Bankrott führen wolle.

•

Heute setzte an der Börse der Dollar mit 322 ein. Bei diesem Kurse fand jedoch so gut wie gar kein Umsatz statt. Nennenswertes Geschäft entwickelte sich erst gegen Mittag auf der Basis von 314 für den Dollar. Polennoten wurden mit 10¼ gehandelt.

England über den Marksturz.

London, 8. November. (WTB.) Die Blätter befassen sich in Telegrammen aus Berlin und in Artikeln mit dem Sturze der Mark. Die „Times" schreibt in ihrem Finanzteil, es bestehen keine Zweifel daran, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten sei. In einem Leitartikel sagt das Blatt: Man behaupte, daß die Reparationen schuld an dem Zusammenbruch der Mark seien. Wenn sie auch dazu beitrügen, so seien sie doch nicht der einzige Grund, was durch die Tatsache bewiesen werde, daß, ganz abgesehen von den Reparationen, das deutsche Budget ein Defizit aufweise. Für den Augenblick sei es Aufgabe der Alliierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Januarrate bezahle, und zuzusehen, daß Deutschland die notwendigen Schritte tue, um die ausländischen Werte zu zahlen, die für die Zahlung erforderlich seien.

„Westminster Gazette" tritt in einem Leitartikel für die Streichung der Reparationen ein. Es sei dringend notwendig, daß sich die öffentliche Meinung Geltung verschaffe und gegen den Bankrott ein Veto erhebe. Großbritannien habe nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn es auf die deutschen Reparationen verzichte.

Frankreichs Elfgemeindenaufbau.

Paris, 7. November. (WTB.) Marcel Hutin berichtet im „Echo de Paris", daß heute vormittag der Direktor der Sureté Générale mit Vertretern der Aufbaugenossenschaften des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) eine Unterredung hatte wegen des Wiederaufbaus der elf Dörfer in der Gegend von Péronne durch deutsche Arbeiter, über den mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften verhandelt werde. Dupont stellte fest, daß die Frage der Verwendung von Arbeitskräften zum Wiederaufbau jetzt aktuell werde, denn man brauche 100 000 Arbeiter, die abteilungsweise nach Frankreich kommen müßten, besonders gelernte Arbeiter, wie Maurer, Zementarbeiter, Stuckarbeiter, Zimmerleute und Tischler. Ungelernte Arbeiter dagegen besitze Frankreich in genügender Menge. Als Länder, die für die Gestellung von Arbeitern in Frage kämen, bezeichnete Dupont Italien, Polen und die Tschechoslowakei.

Französisch-englische Verstimmungen.

Frankreichs Vertrag mit der Regierung von Angora läßt England nicht zur Ruhe kommen. Im Unterhause versuchte man am Montag eine Aussprache über das Abkommen zu erzwingen, und wenn auch die Erklärung der Regierung, daß man die schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und England durch eine Debatte nicht stören dürfe, ein näheres Eingehen auf die Frage unterband, so kam doch die herrschende Mißstimmung deutlich zum Durchbruch. Die englische Regierung hat inzwischen der französischen eine Denkschrift überreichen lassen, in der eine Reihe von Einwänden gegen den Vertrag erhoben und darauf hingewiesen wird, daß das Abkommen Schwierigkeiten bei der Regelung der Orientfrage hervorrufen könne.

In Frankreich begegnet man den englischen Bedenken zum Teil mit offenem Hohn. So stellt der „Matin" ironisch fest, die Außenpolitik Lloyd Georges bestehe aus einer Kette von Irrtümern und Fehlern. Englands Widerstand gegen den französisch-türkischen Vertrag habe seine Ursache in der Furcht, seine Monopolstellung hinsichtlich der mesopotamischen Petroleumquellen könne erschüttert werden. Bemerkenswert ist es, wenn der „Matin" Englands Gereiztheit auf eine persönliche Mißstimmung zwischen Lloyd George und Briand zurückzuführen sucht. Lloyd George habe Briand gebeten, von einer persönlichen Teilnahme an der Konferenz von Washington Abstand zu nehmen, wenn er durch die inneren Schwierigkeiten in England gezwungen werden sollte, von einer Ueberseereise Abstand zu nehmen. Briand sei aber nicht darauf eingegangen.

Frankreichs erste Sorge in Washington scheint es zu sein, sich für seine militärische Vormachtstellung in Europa die internationale Sanktion geben zu lassen. Es ist ein sehr geschickter Schachzug der französischen Regierung, daß sie seit der Abreise der Delegation dauernd betonen läßt, Frankreich sei zur Abrüstung der Landmacht bereit, wenn Amerika vertragsmäßig für die Sicherheit Frankreichs garantiere. Da es aber nicht wahrscheinlich ist, daß Amerika von seiner bisherigen Politik der freien Hand und der Nichteinmischung in außenpolitischen Fragen abweicht, ist eine Abänderung des französischen Rüstungsprogramms nicht zu erwarten.

Frankreichs Programm für Washington.

London, 8. November. (EE.) Reuter meldet aus New York, daß Briand zu der Konferenz ohne besondere Instruktionen komme, weil ihm der Senat und die Kammer volle Handelsfreiheit ließen. Frankreich werde aber auf der Konferenz folgende Direktiven berücksichtigen: 1. Frankreich stimmt mit den Vereinigten Staaten der Handelsfreiheit in China zu. 2. Eine Verminderung der Rüstung zur See würde bei Frankreich auf keine Schwierigkeiten stoßen. 3. Hinsichtlich der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschlands muß Frankreich darauf dringen, daß die Reparationszahlungen weiterhin gesichert bleiben, und dieses Recht ist eng an die Frage geknüpft, wie sich Frankreich seiner Schuldengegenüber Amerika entledigen soll. Wenn also die Konferenz die Frage der interalliierten Schulden erörtern wolle, wäre Frankreich dazu bereit. 4. Die Pflichten Frankreichs gegenüber dem Völkerbund können es nicht verhindern, daß es sich auch anderen Mächten anschließe, ob diese nun Mitglieder oder Nichtmitglieder des Völkerbundes sind, um die Rüstungen einzuschränken oder Fragen zu regeln, die dem Völkerbund obliegen.

•

Die französische Delegation ist in Washington angekommen. Briand hat eine Botschaft an das amerikanische Volk gerichtet, in der er sich bereit erklärt, im abrüstungsfreundlichen Sinne an der Konferenz von Washington teilzunehmen.

Spanien fordert Auslieferung.

In Berlin ist eine Note der spanischen Regierung betreffend die Auslieferung der Mörder Datos eingetroffen.

Die Landarbeiterfrage.

Genf, 7. November. (EP.) Die heutige Vollversammlung des Arbeitskongresses beschäftigte sich mit den Maßregeln, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft zu ergreifen sind. Die Regierungen werden aufgefordert, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion alle brachliegenden Bodenflächen in die modernste Bewirtschaftung überzuführen und die Kolonisation zu fördern durch Verpflanzung von Arbeitern aus den Städten auf das flache Land. Die arbeitslosen landwirtschaftlichen Arbeiter sollen bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Ferner werden die Regierungen aufgefordert, die Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften in Angriff zu nehmen zwecks Ankaufs oder Pachtung von Grundbesitz durch die Arbeiter und Arbeitsgemeinschaften. Ueber den Erfolg dieser Maßnahmen sollen die Regierungen regelmäßig Berichte an das Internationale Arbeitsamt erstatten. Nach längerer Debatte wurde mit 42 gegen 29 Stimmen ein Zusatz angenommen, der den Genfer Kongreß beauftragt, die Washingtoner Beschlüsse der Arbeitskonferenz den landwirtschaftlichen Verhältnissen noch besser anzupassen.

Nittis Revisionsprogramm.

In den nächsten Tagen, am Vorabend der Washingtoner Konferenz, wird ein Buch des ehemaligen Ministerpräsidenten Nitti erscheinen, betitelt: „Das friedlose Europa". Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht aus dem Werk einen ausführlichen Auszug, dem wir folgendes entnehmen:

Nitti beginnt seine Darlegungen mit einer Studie über die europäische Lage vor 1914, und untersucht an der Hand diplomatischer Aktenstücke die Kriegsursachen. Er kommt zu der Ueberzeugung, daß die Grundursache des Konflikts in der Haltung Rußlands zu suchen ist. Weiter weist er darauf hin, daß die Spaltung der drei großen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn in zwei feindliche Lager und der Mangel einer wachsamen Demokratie auf einen Krieg hindrängen. Das Resultat dieses Krieges sei die Aufteilung Europas in dreißig Staaten; die Rivalität des Nationalismus, die Vernichtung des Solidaritätsgefühls haben eine Depression zur Folge, die zum Ruin zu führen droht. Anstatt das Wilsonsche Programm zu erfüllen, habe man an Deutschland und den besiegten Ländern Vivisektion geübt.

Die Ursache dieser Erscheinung sei in den Gegensätzen zwischen Lloyd George und Frankreich und in der Abwesenheit Italiens bei der Entscheidung über wichtige Fragen zu suchen. Ihre Folge sei, daß die Friedensverträge nicht nur nicht den wirklichen Frieden, sondern nicht einmal das Gleichgewicht brachten, sie seien die Verneinung aller Grundsätze der Gerechtigkeit, welche die Entente während des Krieges proklamiert. Es sei ein Wahnsinn, den Anschein zu erwecken, daß die besiegten Länder, die einen großen Teil ihrer Einnahmequellen verloren haben, beträchtliche Entschädigung zahlen können. Demgegenüber müsse ein Mittel gefunden werden, die moralische Solidarität Europas und die Einheit seines wirtschaftlichen Lebens wiederherzustellen.

Nitti glaubt, daß der Wiederaufbau Europas möglich ist, wenn folgende Grundforderungen erfüllt werden:

1. Abschaffung der Reparationskommission und Abänderung der Artikel 5 und 10 des Völkerbundpaktes, unter Zulassung aller besiegten Völker. Die Vollmachten der Reparationskommission gehen mit angemessenen Abänderungen auf den Völkerbund über.

2. Revision der Verträge. Ohne Gewalt und ohne die gegenwärtig geltenden Verträge mit einem Male zu zerstören, muß man zu ihrer Revision schreiten. Die durch den Völkerbundspakt vorgesehene Revision kann durch den Völkerbund selbst bewirkt werden, nachdem er in gewissen grundlegenden Punkten abgeändert worden ist.

3. Aufrechterhaltung aller Entwaffnungsverpflichtungen für Deutschland und die besiegten Länder und militärische Garantie für Frankreich von seiten Englands und Italiens. Will man schnell zu einer Politik des Friedens kommen, so muß Frankreich wenigstens für lange Zeit die Sicherheit haben, daß Großbritannien und Italien sich verpflichten, es im Angriffsfalle zu verteidigen. Keine Garantie von seiten Großbritanniens, noch von seiten Italiens wird indessen möglich sein, solange die wichtigsten Probleme nicht in der gerechtesten Form durch deutliche und bestimmte Vereinbarungen geklärt sind.

4. Festsetzung der interalliierten Schulden und der von Deutschland und den besiegten Ländern geschuldeten Entschädigungen. An Stelle des bisherigen Systems schlägt Nitti folgende Lösung vor: Indem man alle Besatzungstruppen zurückzieht, die mehr als 25 Milliarden Mark jährlich kosten und infolge der Entwertung der Mark leicht das Doppelte kosten und infolgedessen alle Kräfte Deutschlands aufzehren können, und indem man auf alle kostspieligen und unnützen Kontrollmaßnahmen verzichtet, kann man dazu kommen, Deutschland mit einer Entschädigung zu belegen, die der Gegenwert von 60 Milliarden Franken oder Lire zu pari ist und in Goldmark unter folgenden Bedingungen zahlbar ist:

a) 20 Milliarden werden als schon abgegolten betrachtet durch alles das, was Deutschland abgetreten hat, und es hat auf Grund des Vertrages weit mehr abgetreten —: Kolonien, Organisationen im Ausland, Kredite, Handelsflotte, Unterseekabel usw.

b) 20 Milliarden, die Deutschland den Siegern in natura, besonders in Kohle, nach den bereits festgesetzten Anteilen zu leisten hätte. Deutschland muß für Frankreich noch während 10 Jahren eine Kohlenmenge sicherstellen, die wenigstens dem Unterschiede zwischen der jährlichen Vorkriegserzeugung der Bergwerke des Norddepartements und des Pas de Calais und ihrer Jahreserzeugung während dieser 10 Jahre gleichkommt. Deutschland muß Italien, das nach den großen Verlusten, die es erlitten hat, nicht in der Lage ist, im großen Umfange Austauschartikel zu erzeugen, eine Kohlenmenge liefern, die wenigstens drei

Vierteln der durch den Vertrag von Versailles festgesetzten Menge gleichkommt. Deutschland kann dazu gezwungen werden, den Alliierten während 10 Jahren als Abschlagszahlung auf ihre Forderungen 500 Millionen Goldmark jährlich zu zahlen, die durch ein Vorrecht auf die Zolleinnahmen gesichert sind.

e) 20 Milliarden werden von Deutschland nach Bezahlung der Schulden der unter b) genannten Art, als Anteil an der Rückzahlung übernommen, welche den Ländern zu leisten ist, die den kriegführenden Staaten der Entente Kredite bewilligt haben: Vereinigte Staaten, Großbritannien und im beschränkteren Maße Frankreich.

Die Vereinigten Staaten würden, indem sie auf ihre Forderung, die zum größten Teil uneinziehbar ist, verzichten, 20 Proz. davon erhalten und hätten dabei, was noch mehr bedeutet, den Vorteil, Industrie und Verkehr zu entwickeln und den privaten europäischen Kredit zu retten. Vorteil hätte davon Großbritannien, das dabei nichts verlieren würde, angesichts der Tatsache, daß es fast ebensoviel Schulden wie Forderungen hat, wobei der Unterschied besteht, daß die Schulden bestimmt sind, während die Forderungen zum großen Teile wenig sicher sind. Keine Sicherheit besteht für einen sehr großen Teil der von Frankreich gewährten Kredite, während seine Schulden im Gegensatz dazu ansehnlich sind: 27 Milliarden. Ein Frankreich, das von seiner Schuld befreit ist und auf die Einnahmequellen aus seinem Grund und Boden rechnen kann, würde wieder zu Kräften kommen können. Der Erlaß von 27 Milliarden Schulden, ein verhältnismäßiger Anteil an den 20 Milliarden, und alles, was es schon bekommen hat, stellen zusammen eine Summe dar, die sicherlich 50 Milliarden übersteigt. Die Schäden, die Frankreich erlitten hat, erreichen diese Summe nicht, wenn man sie in Goldwährung berechnet. Italien hätte den Vorteil, daß es für 10 Jahre sein Existenzminimum an Kohlen hätte und wäre dazu von seiner äußeren Schuld befreit, die eine Summe erreicht, welche, nach dem Dargelegten, wenigstens doppelt so hoch ist, wie die Summe, die es von der Entschädigung erhoffen könnte.

5. Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland. Es ist widersinnig zu behaupten, daß Polen durch das künstliche System, das man aufgerichtet hat, endgültig Deutschland von Rußland scheide. Nachdem Deutschland seine Auslandsforderungen, seine Flotte, seine Kolonien verloren hat, kann es nur in Rußland Hilfsquellen finden. Man muß auf den französischen Gedanken verzichten, daß man, um mit Rußland zu unterhandeln, nicht bloß Garantien für Ehrenhaftigkeit in den internationalen Beziehungen verlangen müsse, sondern eine Sicherung dafür, daß auch die alten Vorkriegsschulden bezahlt werden. Großbritannien hat diesen Gedanken niemals gehabt.

Nitti legt Frankreich gegenüber die freundschaftlichsten Gefühle an den Tag, die soweit gehen, daß er für einen Garantievertrag eintritt, den Italien annehmen würde, falls Frankreich auf alle ungerechten Auflagen verzichte, die der Friedensvertrag enthält und die sich nicht auf den Gedanken gründen, aus ihnen Vorteil zu ziehen, sondern lediglich auf die Idee, den Feind zu vernichten. Wie man gesehen hat, ruinieren diese Maßnahmen die Sieger und die Neutralen in gleicher Weise. Will man nicht, daß Sieger und Besiegte nacheinander stürzen, daß ein gemeinsames Schicksal diejenigen vereinige, deren Haß zu lange gewährt haben wird, so muß man ein großes Friedenswort aussprechen. Europa wartet angstvoll auf den Frieden, den man noch nicht geschlossen hat.

Reichsregierung und 9. November.

Berlin, 8. November. (WTB.) Die Reichsregierung hat für den 9. November angeordnet, daß in Ländern, in denen dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, auch in den Reichsbetrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen ist. In Ländern, in denen der 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, wird in den Reichsbetrieben gearbeitet. Wer der Arbeit fernbleibt, hat mit Lohnverlust zu rechnen. Aus geringfügigen Verkürzungen der Arbeitszeit sollen jedoch keine weiteren Folgerungen gezogen werden.

Da der von der braunschweigischen Regierung im Landtag eingebrachte Gesetzentwurf über die Erhebung des 9. November zum gesetzlichen Feiertag nicht rechtzeitig verabschiedet werden konnte (die Vorlage ging an den Rechtsausschuß), hat die Regierung auf Grund einer Bestimmung der Gewerbeordnung bestimmt, daß der 9. November als gesetzlicher Feiertag zu gelten habe.

Der 9. November in Thüringen.

Weimar, 8. November. In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtages, die sich bis Mitternacht ausdehnte, wurde nach lebhafter Debatte die Regierungsvorlage angenommen, wonach das Reformationsfest als gesetzlicher Feiertag abgeschafft und der 9. November zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Aufhebung der Bußtage.

Sierings Arbeitsgebiet.

Die Zuständigkeit des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe ist durch die Auflösung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in Preußen erheblich erweitert worden. Neben den Angelegenheiten des Eisenbahnwesens, die bei dem Uebergange der Staatsbahnen an das Reich bei Preußen verblieben sind, das Privatbahnwesen, die Wahrnehmung der Rechte aus dem Staatsvertrage über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich sowie der preußischen eisenbahnpolitischen und eisenbahnwirtschaftlichen Interessen, werden nunmehr auch die Angelegenheiten der Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen des Luft- und Kraftfahrwesens, der Elektrizitätswirtschaft und die Enteignungssachen dem Minister für Handel und Gewerbe zur Erledigung übertragen. In diesen Angelegenheiten sind Berichte, Anzeigen, Anfragen usw. von nun an an den Minister für Handel und Gewerbe zu richten.

Die mißverstandene Reichsverfassung.

Der erste Punkt des zwischen den neuen Koalitionsparteien in Preußen vereinbarten Regierungsprogramms fordert von den Beamten, unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Man sollte annehmen, daß dieser Punkt als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden sollte, nicht nur von den Anhängern der Koalition, sondern auch von ihren Gegnern. Dem ist jedoch nicht so. An der Stelle, an der die „Tägliche Rundschau" zu 50 Proz. deutschnationale Politik treibt, gebärdet sie sich über diese Vereinbarung höchst verwundert und will noch immer nicht glauben, daß jener Satz mehr als eine Privatmeinung des „Vorwärts" darstelle. In ausführlicher Darlegung sucht sie den Nachweis zu erbringen, daß jene Vereinbarung — verfassungswidrig sei, da nach Art. 118 der Weimarer Verfassung jeder Deutsche innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze das Recht auf freie Meinungsäußerung habe. Ferner zitiert sie den Art. 130 der Verfassung, der allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung gewährleistet.

Es steht den Leuten schlecht an, sich als Schützer der Republik und als Verteidiger der Reichsverfassung aufzuspielen, die unter der glorreichen Aera Wilhelms II. die Beamten zu willenlosen Instrumenten im Dienste der herrschenden Klasse herabwürdigten. Hätte sich die „Tägl. Rdsch." nur der geringen Mühe unterzogen, den ersten Punkt des vereinbarten Koalitionsprogramms aufmerksam zu lesen, so hätte sie ohne Mühe feststellen können, daß in ihm die Freiheit der politischen Meinungsäußerung der Beamten nicht nur nicht unterdrückt, sondern sogar unterstrichen wird. Die „Tägl. Rdsch." ist schlecht unterrichtet, wenn sie glaubt, mit derartigen demagogischen Kniffen die Beamtenschaft in die alte Hörigkeit zurückführen zu können.

Im Bunde mit der Reaktion.

Am Sonnabend, den 5. November, fand im Kreishaus in Grimmen auf Grund einer Verfügung des inzwischen zurückgetretenen Innenministers Dominicus Landratswahl statt. Zur Wahl stand der seit einiger Zeit auf Betreiben des Regierungspräsidenten Dr. Haußmann-Stralsund amtierende kommissarische Landrat Dr. Brauns. Die Sozialdemokratie beantragte Vertagung angesichts der schwebenden Regierungsbildung, was von der Rechten abgelehnt wurde. Der Fraktionsvorsitzende der SPD. schilderte ausführlich die politische Lage. Es handle sich um den Versuch einer Ueberrumpelung in einem billig und unter Abkürzung der Ladefrist zusammenberufenen Kreistag. Dominicus und Dr. Hausmann hätten die Absicht, ihren Kandidaten, einen angeblich „unpolitischen" Beamten, schnell noch ins Amt zu bringen. Würde die Wahl vorgenommen, so würde dadurch die Lage nur erschwert. Die SPD. verlange einen Landrat, der fest und sicher auf demokratisch-republikanischem Boden stehe und das öffentlich erkläre.

Die Wahl wurde vorgenommen. Der Kandidat der Herren Dominicus-Haußmann wurde mit den 9 Stimmen der Deutschnationalen und den 3 Stimmen der Volkspartei gewählt. Die neun Genossen und der Kommunist gaben weiße Stimmzettel ab. Nach Schluß des Kreistags ist der Innenminister telegraphisch angerufen und Einspruch gegen die Bestätigung des von der Reaktion gewählten Beamten erhoben worden.

Horthy gegen die deutsche Republik.

Anläßlich der Beisetzung des früheren Bayernkönigs Ludwig in München hat die ungarische Horthy-Regierung an dessen Sohn Rupprecht ein Beleidstelegramm gerichtet, das die Adresse trug: „An Seine Majestät König Rupprecht von Bayern."

Damit hat die ungarische Regierung, die sich selbst ostentativ „königlich" nennt, den Rahmen einer gewöhnlichen Beileidskundgebung in bedenklichster Weise überschritten. Eine solche Anrede bedeutet eine hochpolitische Demonstration: die Horthy-Regierung will damit zum Ausdruck bringen, daß sie die Absetzung der deutschen Dynastien nicht anerkennt, daß sie den Rupprecht als den Rechtsnachfolger seines Vaters im staatsrechtlichen Sinne betrachtet und daß sie die republikanische Verfassung Bayerns und offenbar auch der übrigen deutschen Staaten und des gesamten Deutschen Reiches als eine ebenso vorübergehende Erscheinung ansieht, wie es die Republik in Ungarn war.

Die derzeitigen ungarischen Machthaber mögen in ihrem Herzen über die deutsche Republik denken, wie sie wollen; sie mögen sie innerlich mit denselben Gefühlen des Hasses und der Verachtung ansehen, die die Millionen von deutschen Republikanern ihrem Gewaltregiment entgegenbringen. Aber wenn sie sich anmaßen, in offiziellen Kundgebungen diese Mißachtung unserer Staatsform zum Ausdruck zu bringen, so bedeutet dies eine Einmischung in unsere innerpolitischen Verhältnisse und eine bewußte Provokation der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, die wir uns auf keinen Fall gefallen lassen dürfen.

Wir richten daher an die Reichsregierung die Aufforderung, unverzüglich durch ihren diplomatischen Vertreter in Budapest energische Vorstellungen gegen diese Handlungsweise der ungarischen Regierung zu erheben. Ließe sie nämlich diese Kundgebung unbeachtet, so wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der in Zukunft — recht bedenkliche Folgen haben könnte. Nicht genug damit, daß steckbrieflich verfolgte reichsdeutsche Hochverräter bei den ungarischen Behörden ein- und ausgehen und ihre umstürzlerischen Pläne gänzlich unbehindert oder sogar wohlwollend unterstützt von dort aus weiter schmieden, jetzt erkennt sogar die Horthy-Regierung den Sohn eines verstorbenen, abgesetzten Königs als König an und ermuntert dadurch bewußt die verfassungsfeindlichen monarchistischen Elemente in Deutschland. Jetzt ist es genug! Bis hierher und nicht weiter! Ob das gegenwärtige Ungarn glaubt, an einem Ueberfluß an Freundschaften im Auslande zu leiden, wissen wir nicht. Die Deutsche Republik aber verzichtet auf freundschaftliche Beziehungen mit einem solchen Land, das sich bewußt zum Herd der mitteleuropäischen Konterrevolution gemacht hat.

Der „Götz" im Großen Schauspielhaus.

Als ein gedrungener, fast bäuerlicher Kriegsmann spielt Eugen Klöpfer den Götz. Er ist zu einem Possen aufgelegt, solange es ihm gut geht, er jagt und poltert die Menschen, die Freunde, Schwester, Gattin und Sohn fast bärenmäßig zusammen. Und das Schwäbeln, das er tapfer durchhielt, gibt seinen breiten Zügen etwas sehr Behäbiges. Ist das nun der klassische Götz, den Goethe dichtete? Klöpfer nimmt ihn sicher etwas zu derb, in der fast lehrhaften Landsmannssprache nicht minder als den bedächtigen Schritten. Götz wurde gestreckter erträumt und hurtiger und klirrender. Aber es steht ihm diese Verwandlung nicht schlecht an.

Nur hätte der Regisseur all seine Mannen, all seine gehorsame und vertrauensvolle Umgebung nicht gar zu winzig aufbringen sollen. Nein, es geht nicht, im Theater der Massen die Bauernschaft wie ein gelichtetes Häuflein anmarschieren zu lassen. Diese Haufen der Aufwiegler, die Götz zum Meineidigen machen, die auf ihn gewaltig eindringen müssen, damit er endlich ihre Not erkennt und den Bruch mit der Kaiserlichkeit nicht mehr fürchtet, hat man im gewöhnlichen Theater schon viel imponierender, echter und drohender gesehen. Und nun wird die Arena plötzlich nach all der großen Theorie zum Komödienplatz der Sparsamkeit. —

Es lag ein Unstern auf diesem Götzspiel. Alles schien falsch oder zu eilig berechnet. Des römischen Kaisers bischöfliche Vasallen sehen aus wie ein Knabenchor in Masken. Der Weislingen des Herrn Paul Aslan war einem Künstler gegeben, der auf Optik tragiert, während es vor allem gilt, das tonverschlingende Maß des Raumes anzugleichen. Die Arena ist jetzt zum Parkett geworden. Die Bühne ist durch einen Vorbau verlängert, der ins Parkett hineinstößt. Auf dieser Halbinsel liegt nun ein Punkt von merkwürdiger Kraft des Widerhalls. Gerät ein Sprecher an diese Stelle, so hört man ihn mit doppeltem Echo, also dreimal. Es herrscht eine niederschmetternde Gespensterei der Töne. Und dann wieder geht die Szene des Femgerichtes, deren Belichtung auch nicht gelungen war, akustisch verloren. Man versteht nur die Hälfte des Zigeunerorakels, das der lüsternen und ehrgeizigen Adelheid zuteil wird.

Hermine Körner hofft, ihre Kehle wird gesünder als diejenige des Fräulein Straub sein und den Zirkus besiegen. Ihre Dämonie ist der Adelheid schon gewachsen. Wie soll aber Dämonie sich entzünden, wenn die Deklamation vorherrscht? Und Frau Körner tragiert sehr heftig, anstatt sich ihrem wundervollen, welschen Charakterpart hinzugeben. Ja, in diesem deutschen Stück ist ein ganz romanischer Intrigenteil vorhanden, die Adelheidtragödie, die man nicht klassizistisch meiningernd, sondern modern dämpfend gespielt sehen möchte. Das einzig Moderne in diesem besonderen Trauerspiel war Adelheids Sterbebett. Welch Bett! Es war der Rotter-Bühnen, die in dieser Spezialität Fachleute sind, würdig. Nein, das ist hier nicht gestattet.

Max Hochdorf.

Zweites Battistini-Gastspiel. Der Reni des Verdischen „Maskenball" hat nacheinander zwei Rollen zu spielen, zuerst den ahnungslos gütigen, treuen Freund, dann den hassenden, von blinder Eifersucht getriebenen Ehemann, der bis zum Mord seinen Selbstbetrug nicht erkennt. Battistini entwickelt beide Teilcharaktere nicht aus dem primären schauspielerischen Instinkt heraus, den er kaum hat, sondern er lebt seine Mienen und die unnachahmliche Grandezza der Handbewegung ganz aus dem Fluß, dem Stocken, dem Tanz und dem Pathos der Musik heraus. Er scheint die Töne des Orchesters wie an einer silbernen Leiter behutsam zu sich heraufzuziehen und zeichnet in jedem Schritt, jedem Zucken der Augen die Partitur in ihrer Köstlichkeit nach. Das sind letzte Feinheiten des Menschen und Musikers, nicht des Schauspielers, Feinheiten, die nicht effektvoll werden und nur wenig gefangen nehmen. Die große Arie des vierten Aktes war das Elementarereignis des Abends. So schön, so wahr werden wir diesen Schönzesang nicht mehr hören. Blech überbot sich dem Gast gegenüber an Feinheit und Delikatesse des Begleitens. K. S.

Englische Weber, die Shakespeare spielen. Die Versuche, Shakespeare unter dem britischen Volk heimisch zu machen, indem man Liebhaberaufführungen veranstaltet, haben jetzt zu einem schönen Erfolg geführt. Es gibt bereits verschiedene „dramatische Gesellschaften" unter den Arbeitern, so in Collingham unter den Grobschmieden, in Harrowgate unter den Arbeiterinnen, unter den Bergleuten von Nippop. Nun ist unter den Webern von Leeds ein Bühnenbund ins Leben gerufen worden, der verschiedene Shakespeare-Vorstellungen mit gutem Gelingen veranstaltete. Es fanden sich unter den Webern Othellos, Macbeths und Shylocks, unter den Baumwollspinnerinnen Desdemonen, Julias und Portias. Diese Shakespeare-Aufführungen finden vor einem Arbeiterpublikum statt, das ebenfalls aus Mitgliedern des Arbeiterbühnenbundes besteht. Der Beitrag für den Bund, dem 2000 Mitglieder angehören, beträgt 2 Pence die Woche. Hier ist also eine Volksbühne geschaffen, bei der nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Schauspieler dem Arbeiterstande entstammen.

Sprachenwirrwarr in Genf. Uns wird geschrieben: Die gegenher nur magere Ergebnisse gezeitigt. Diese Unfruchtbarkeit ist zum Teil nur magere Ergebnisse gezeitigt. Diese Unfruchtbarkeit ist zum Teil auf einen sehr einfachen Grund zurückzuführen. Mehr als bisher üblich war, haben die Delegierten es vorgezogen, in ihrer Muttersprache zu sprechen. Auch auf der zweiten Völkerbundtagung im letzten September ist von dem bisher üblichen Zweisprachensystem abgewichen worden. Ein spanischer Vertreter benutzte demonstrativ bei einer Rede seine Muttersprache, während bei der ersten Völkerbundtagung noch ausnahmslos nur englisch und französisch gesprochen worden war. Schon damals war es einer Reihe von Delegationen klar geworden, daß die Tendenzen gegen die Doppelherrschaft des Englischen und Französischen immer stärker und schließlich in einem Sprachenchaos enden würden.

Auf die Initiative insbesondere Lord Robert Cecils und einiger Vertreter außereuropäischer Sprachgebiete hat daher die zweite Völkerbundtagung beschlossen: „Der 2. Völkerbundtag ist der Meinung, daß die Frage einer Welthilfssprache gründlich geprüft werden muß. Daher beschließt der Völkerbundtag, die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Tagung im September 1922 zu setzen, während das Völkerbundamt in der Zwischenzeit einen vollständigen Bericht mit den notwendigen Unterlagen zur Beurteilung dieser Frage ausarbeiten soll."

Die Frage der Welthilfssprache, die bis vor einigen Jahren nur von einer unbedeutenden Gruppe von Enthusiasten gefördert wurde, ist also ganz plötzlich ein Problem geworden, mit dem sich die Vertreter von 51 Staaten befassen und bis zu seiner Lösung werden weiter befassen müssen. Denn im Völkerbund spüren die Politiker und ihre Mitarbeiter die Notwendigkeit einer Welthilfssprache in ihrer täglichen Arbeit.

Der Kompaß als Wünschelrute. Der Londoner Professor E. Wilson hat die magnetischen Eigenschaften der Mineralien erforscht und die Bedeutung der Magnetnadel für die Auffindung verborgener Erzlager erkannt. Wie er in Londoner Blättern berichtet, hat man während des vergangenen Jahrhunderts viele Lager magnetischen Eisenerzes, des sogenannten Magnetits, mit Hilfe des Kompaß festgestellt, und besonders in Schweden wurden auf diese Weise große Lager entdeckt. Aber für andere Erze, die weniger stark magnetisch waren, konnte man den Kompaß bisher nicht verwenden. Wilson hat nun die besonderen magnetischen Eigenschaften von über 50 verschiedenen Mineralien und anderen Stoffen festgestellt und gezeigt, wie der Kompaß auf diese Substanzen reagiert.

Dadurch ist es jetzt für den geologischen Sachverständigen möglich, das Vorhandensein von Lagern schwachmagnetischer Erze, die in der Erde verborgen sind, festzustellen und in bestimmten Fällen sogar mit Hilfe der Magnetnadel die Mächtigkeit und Natur dieser besonderen Erzlager zu erkennen. Es werden also dadurch kostspielige und langwierige Bohrungen und Grabungen nach Erzlagern erspart.

Das „trockene" Amerika tröstet sich mit Opium. Buschs Weisheit, „Wer Sorgen hat, hat auch Likör", gilt in dem „trockenen" Amerika nicht mehr, sondern muß zeitgemäß abgewandelt werden in den Satz: Wer Sorgen hat, hat Opium". Nach den Enthüllungen, die der oberste Gesundheitsbeamte der Stadt New York, Dr. Copeland, gemacht hat, verbrauchen die Amerikaner 12mal mehr Opium als irgendein anderes Volk der Welt. Mehr als 750 000 Pfund werden jedes Jahr nach den Vereinigten Staaten eingeführt, wobei etwa 2½ Gramm auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Nach den Berechnungen Copelands beträgt die Opiummenge, die zu gesetzmäßigen Zwecken verwendet wird, nicht mehr als 70 000 Pfund im Jahr.

Wie sehr die Opiumsucht in New York zugenommen hat, beweisen auch die Angaben des Gefängnisarztes Dr. Amos Squiere, der anführte, daß in dem großen New Yorker Staatsgefängnis Sing Sing in den letzten drei Jahren die Zahl der Gefangenen, die wegen unerlaubten Opiumgenusses eingeliefert wurden, um 789 Proz. gestiegen ist.

Anna Ritter, die feinsinnige Lyrikerin, deren stimmungsvolle Gedichte auch heute noch vielen zu den liebsten Gaben der Lyrik zählen, ist in Marburg, wo sie seit Jahren in stiller Zurückgezogenheit lebte, nach längerem Leiden gestorben.

Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Petersburger Straße 39. Ernst Friedrich spricht „Die Wandlung" am Donnerstag, den 10., abends 7½ Uhr. Unkostenbeitrag 1 Mark.

Reichsbetriebsrätekongreß des Bergbaues.

Magdeburg, 7. November. (Eigener Bericht.) Der bergbauliche Betriebsrätekongreß brachte am zweiten Verhandlungstag einen sehr sachkundigen Vortrag des Genossen Ingenieur Woldt über „Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie". Woldt unterscheidet das Produktionsproblem einmal in eine Nationalisierung der sachlichen Produktionsmittel, die aber das weniger wichtige Zeitproblem sei; wichtiger ist ihm die Arbeiterfrage im weiteren Sinne. Ohne die innere Einstellung des Arbeiters als Subjekt der Wirtschaft kann es keinen Aufbau und keine Gesundung geben. In der autokratischen Wirtschaft war der Arbeiter bis hinauf zum technischen und kaufmännischen Angestellten Objekt der Wirtschaft. In der Wirtschaftsdemokratie muß er

bewußt mitwirkender und mitbestimmender Faktor

in der Erzeugung und Warenverteilung sein. Das Betriebsrätegesetz sollte die anbahnende Form sein. Die Entwicklung zur Wirtschaftsdemokratie wurde aber gehemmt einmal durch eine bewußte und recht kurzsichtige Sabotage vieler Unternehmer, der aber auch einmal eine Sabotage der Arbeiter folgen könnte; dann wären die sachlichen Mängel des Gesetzes sehr hinderlich und hier sei für die Regierung und die Parlamentarier Gelegenheit zu lernen und zu schaffen; drittens aber sei die Frage der Menschenqualität von entscheidender Bedeutung. Die Auslese der Betriebsräte habe sich zwar sehr gebessert, sie gleiche aber die intellektuelle und sachliche Ueberlegenheit der Unternehmervertreter noch lange nicht aus. Woldt fordert, daß der Betriebsrat sich nicht in Nebensächlichkeiten (wie Lebensmittelfragen, Befahrungen usw.) erschöpft, sondern dem Kernproblem zu Leibe rückt, und das sei der Einblick in

die inneren Vorgänge des Betriebes,

dessen Schlüssel die Kalkulation ist.

Dem Vortrag folgte nur eine kurze, zustimmende Debatte. Dann berichtet Wißmann über den Stand der Knappschaftsreform. Einstimmige Annahme fand folgende Resolution Wißmann und Genossen:

„Die in Magdeburg am 6. und 7. November tagenden Betriebsräte des deutschen Bergbaues fordern im Interesse der von ihnen vertretenen Belegschaftsmitglieder von der Regierung die baldigste Erhöhung des Grundlohnes zur Bemessung des Krankengeldes. In wiederholten Eingaben hat der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gefordert, daß als

Grundlohn zur Bemessung des Krankengeldes

das durchschnittliche Tagesentgelt oder der wirkliche Arbeitsverdienst bestimmt werden. Bisher ohne Erfolg. Das heutige Höchstkrankengeld beträgt nur 22,50 M. täglich und reicht bei der jetzigen Teuerung bei weitem nicht mehr aus. Die schleunigste Erhöhung des Grundlohnes durch Regierungsverordnung ist deshalb unbedingt nötig.

Der Betriebsrätekongreß ersucht auch die Bergbauvereine, Syndikate und Knappschaftsvereine, Mittel bereitzustellen, um die Teuerungszulagen der Invaliden, Witwen und Waisen zu erhöhen. Diese Aermsten werden von der immer weiter steigenden Verteuerung dessen, was zum Lebensunterhalt nötig ist, am härtesten getroffen. Es muß deshalb alles getan werden, sie vor dem drohenden Hungertode zu retten."

Nachdem Sichtermann (Afa) eine Reihe bergtechnischer Probleme besprochen hatte, nahm Umbreit vom Gewerkschaftsbund das Wort zu seinem Vortrag über

„Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz".

Er gab einen Ueberblick über den Werdegang des Schlichtungs- und Tarifwesens und machte dann Mitteilung über die vorbereitenden Arbeiten der vom Arbeitsministerium niedergesetzten Kommission, die an der Schaffung eines umfassenden Arbeitsrechts arbeitet.

Alle Entschließungen, insbesondere diejenigen, die den Ausbau des Betriebsrätegesetzes und die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten fordern, ferner die, die den schärfsten Kampf gegen den Lebensmittelwucher verlangen, werden einstimmig angenommen. Die Resolution gegen die Wucherer lautet:

„Die Betriebsrätekonferenz spricht ihre Entrüstung und Erbitterung aus über

das volksausbeutende Treiben der Lebensmittelwucherer und Börsenschieber.

Während die Bergarbeiterschaft so manche wohlberechtigten Wünsche im Interesse des Volksganzen zurückstellte, und ihre Arbeitskraft bis zum Aeußersten anstrengte, nimmt die Rücksichtslosigkeit der Profitmacher immer mehr zu. Die Lebensmittel werden in ungeheuerster Weise durch Schieber und Kettenhandel verteuert und an der Börse rast der Tanz ums goldene Kalb unaufhaltsam weiter. Das denkende arbeitende Volk gerät dadurch in immer größeres Elend, während die Parasiten am Volkskörper Millionen aufhäufen. Die Betriebsräte rufen deshalb der Regierung zu: Werde hart gegenüber den Volksausbeutern und schütze die werterzeugende Arbeiterschaft vor weiterer Verelendung."

Der Kongreß war in seinem Verlauf und in der Selbstbeschränkung der praktisch tätigen Betriebsratsdelegierten ein erfreuliches Zeichen für die

Wiederkehr der geistigen Gesundung

innerhalb der Arbeiterschaft. An die Stelle uferloser Wortstreites und gegenseitiger Anklagen tritt unverkennbar strenge sachliche Kritik und zähes Ringen, um der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeiterrechts zu dienen. Der Kongreß klang aus in dem Gelöbnis, im Rahmen der Gewerkschaften an der Befreiung der Arbeiter zu arbeiten und in gemeinwirtschaftlichen Geiste selbstlos zu dienen.

Großschiebungen mit Heeresgut.

Prozeß Windmüller und Genossen.

Paderborn, 7. November. (Ha.) Der bereits angekündigte Prozeß gegen den Direktor der Westfälischen Metallindustrie Windmüller und Genossen wegen Schiebungen mit Heeresgut findet unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulze vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts im Gefängnis statt, da nur dort ein genügend großer Raum, nämlich der im Gefängnis gelegene Schwurgerichtssaal zur Verfügung steht. Neben Windmüller nehmen noch mehrere frühere Angestellte des Reichsverwertungsamtes, insbesondere Ingenieur Herweg und Kaufmann Sixtus auf der Anklagebank Platz. Als Mitangeklagter erscheint ferner das Mitglied der Westfälischen Metallindustrie Bankdirektor Bauer aus Lippstadt. Für den Hauptangeklagten Windmüller sind die Rechtsanwälte Dr. Alsberg, Westhaus-Berlin, Dr. Westhaus-Düsseldorf und Justizrat Löwenstein-Paderborn als Verteidiger erschienen.

Zur Erläuterung des ersten Anklagepunktes legt der Vorsitzende dar, daß es sich hierbei um strafbare Handlungen bei der Verwertung von Heeresgut handle, das nach Rückfluten des Heeres in einer Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes in Lippstadt untergebracht war. Es wird den Angeklagten zur Last gelegt, das Reichsschatzamt dadurch betrogen zu haben, daß sie mit Windmüller einen Vertrag, der auf Ankauf dieser Heeresgüter gerichtet war, geschlossen hätten. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Windmüller vor, daß zwischen ihm und den anderen Angeklagten ein Konsortium zustande gekommen sei, das auf den Ankauf der Güter in Lippstadt gerichtet war, dem ein Teil der Angeklagten angehört hätten, obwohl sie damals

noch beim Reichsverwertungsamt angestellt

gewesen seien. Den Beamten des RVA., mit denen der Vertrag abgeschlossen wurde, sei die wahrheitswidrige Angabe gemacht worden, daß die Westfälische Metallindustrie Käufer sei. So sei es möglich geworden, daß Kriegsanleihen der Westfälischen Metallindustrie angenommen wurden und daß an der Schätzung der Heeresgüter Personen teilnahmen, die als Mitglieder des Konsortiums an der Sache interessiert waren.

Windmüller und die anderen Angeklagten bestreiten mit Entschiedenheit diese Anklage. Sie behaupten, daß den Mitgliedern der Zweigstelle Lippstadt, die in das Konsortium eintreten sollten, bereits ihre Stellung gekündigt war, daß ihr Eintritt erst nach Ausscheiden aus der Zweigstelle erfolgen sollte, daß man lediglich ihre Sachkenntnis habe nutzbar machen wollen, ohne daß eine Schädigung des Reiches eingetreten sei. Der Vorsitzende hält Windmüller vor, daß aber doch in dem Vertrage die Westfälische Metallindustrie als Käufer auftrete, während in Wirklichkeit das Konsortium Käufer gewesen sei, und daß Windmüller bisher dies auch nicht bestritten habe. Rechtsanwalt Dr. Alsberg-Berlin erklärt, den Standpunkt, den der Angeklagte dazu eingenommen habe, insofern für unerheblich, als es sich um eine Rechtsfrage handele, für deren Beurteilung dem Angeklagten jede Vorbildung fehle.

Ferner wurde der kaufmännische Direktor des Reichsverwertungsamtes in Berlin Quiering als Zeuge vernommen. Im August 1919, bekundete er, seien die Leiter der Zweigstelle, die jetzigen Angeklagten Sixtus und Herwig bei ihm erschienen und hätten ihm Windmüller vorgestellt. Sie schlugen vor, diesem als Direktor der „Westfälischen Metallindustrie" in Lippstadt die Verwertung der dortigen Lager von Heeresgut zu übertragen. Ihm, Zeugen, sei die W. M.-I. als guter Käufer sehr genehm gewesen, er sei des Glaubens gewesen, Direktor Windmüller schließe den Vertrag ausschließlich für die W. M.-I. ab. Bei den Verhandlungen habe ihm Windmüller den Angeklagten Zurmieden als Fachmann vorgeführt, er habe aber keine Ahnung gehabt, daß dieser zum Konsortium gehörte.

Vors.: Sie würden also auch abgeschlossen haben, wenn Sie gewußt hätten, daß hinter der W. M.-I. ein Konsortium steht? Zeuge: Sicher, nachdem ich aber die Teilnehmer auf ihre Zuverlässigkeit für Erfüllung des Vertrages nachgeprüft hatte. Vors.: Und wenn Sie gewußt hätten, daß Ihre Untergebenen Sixtus und Herwig Konsortialen sind? Zeuge: Dann auf keinen Fall. Vors.: Haben Sixtus und Herwig bei der Schätzung einen Einfluß ausüben können? Zeuge: Unmittelbar nicht, nur mittelbar, indem ich in Anbetracht des Umstandes, daß der örtliche Marktpreis erfahrungsgemäß meist zu niedrig ist, ausbedungen hatte, daß die Zweigstelle eine Nachprüfung vornehmen sollte.

Groß-Berlin

Der Vortrupp des Winters.

Der Winter hat nun auch nach Berlin hinein seinen ersten Vortrupp geschickt. Ueber Nacht war Schnee gefallen und in den ländlichen Vororten hatte das vom Himmel gefallene Weiß eine zauberisch schöne Landschaft erstehen lassen. Die Bäume in den Gärten, Parks und Alleen waren wie mit silbrigen Schwanendaunen bedeckt. Die Jungen und Mädels der Volksschulen merkten gar nicht so sehr, daß ihre dünnen Kleider, Schuhe und Strümpfe noch nicht so recht auf den Winter eingestellt waren. Das kleine Volk fror manchmal erbärmlich, aber die Kälte regte zur Betätigung an und so schrie, jauchzte und lärmte alles übermütig durcheinander wie eine Schar Spatzen. „Wenn das doch alles Zucker wäre" sagte ein kleines Mädchen, streckte das von der Kälte rote Näschen sehnsüchtig zu den weißen Bäumen empor und hatte damit wieder einmal den Uebergang zur Wirklichkeit gefunden.

In Berlin selbst haben wohl nur die beruflichen Frühaufsteher etwas von dem Anreiten des Winters gemerkt. Wer die Stadt gegen 9 Uhr betrat, dem bot sie scheinbar das gewohnte Bild. Auf dem Pflaster war kaum etwas zu sehen, denn die Kanalisation erwärmt den Grund und leckt den Schnee schnell auf. Nur an freiliegenden Stellen zeigten Bäume, Plätze und niedrige Dächer einen dünnen weißen Belag. Aber auch der schwand bald dahin und die Stadt zeigte wieder ihr grau-schwärzliches Alltagsgesicht. Aus dem Reich und aus Europa aber kommt eine Schnee- und Sturmnachricht nach der anderen. Leipzig und Dresden hatten Schneesturm, im Riesengebirge liegt der Schnee bis zu 600 Meter herab. Kiel meldet Sturm und Hochwasser. In Schweden herrscht bereits grimmer Winter. Südschweden hat 9 Grad, Nordschweden gar 22 Grad Kälte.

Aus alle dem scheint doch hervorzugehen: Es wird allmählich ernst mit dem Winter, wiewohl einige sehr kluge Hausfrauen behaupten, es werde auch 1921/22 bei weitem nicht so schlimm werden wie im Kohlrübenwinter, weil nämlich die Zwiebel auch in diesem Jahr verhältnismäßig wenig Häute haben soll. Und die Zwiebel ist für besagte Hausfrauen ein untrüglicher Winterprophet. Wenn die Zwiebel keine Angst vor dem Winter hat und sich nicht einpelzt, dann braucht auch der Mensch sich nicht zu fürchten.

Immerhin, vorbeugen ist besser! Uns sind Klagen vorgebracht worden, daß auf einzelnen Vorortstrecken die Bahnabteile noch nicht geheizt werden. Es ist aber notwendig, daß in dieser Jahreszeit alle Abteile der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen geheizt werden, da die Bahnverwaltung im Frühherbst die Heizung ausdrücklich zugestanden hat. Auch die Straßenbahn könnte wohl endlich wieder dazu übergehen, ihre Wagen, wie es früher geschah, durch Vorhänge, Friese usw. gegen Zug und Kälte abzudichten.

Ein Mord in Neukölln.

Der Mord an der Kohlenhändlerin Richter in Neukölln ist durch ein weiteres Geständnis des Täters, des Arbeiters Kapotny, jetzt völlig aufgeklärt. Bei seiner gestrigen Vernehmung gab dieser an, daß er Frau Richter in sehr großer Aufregung aufgesucht habe, weil diese ihn am Donnerstag versetzt hatte. Als er sie am Sonnabendnachmittag aufgesucht habe, habe sie ihm erklärt, daß sie nichts mehr von ihm wissen wolle, sie habe einen Mann, den sie in nächster Zeit heiraten wolle. Als sie dann noch erklärte, daß dieser ihr einen Fünfzigmarkschein geschenkt habe, sei er noch erregter geworden und habe versucht, ihr das Geld zu entreißen und dieses zu vernichten, weil er es als Sündengeld betrachte. Frau Richter habe sich jedoch gewehrt, und ihn so heftig von sich gestoßen, daß er gegen den Ofen gefallen sei. In seiner Aufregung wisse er jetzt nicht mehr, was sich weiter abgespielt habe. Er weiß nur, daß er sie mit dem Beil niedergeschlagen habe. Geld will er nicht an sich genommen haben. Er hält es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß er die Brieftasche der Frau Richter genommen und ins Feuer geworfen habe.

Zehn Minuten Verkehrsruhe für die Republik.

In eigenartiger Weise werden morgen die Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen für den 9. November und die Republik demonstrieren. Die Hochbahngesellschaft gibt folgendes bekannt:

„Der Betriebsrat der Hochbahngesellschaft hat verlangt, daß morgen, Mittwoch, den 9. November, der Verkehr der Hochbahn auf zehn Minuten ruhen soll, und zwar von 3.15 bis 3.25 Uhr nachmittags. Es handelt sich also um eine kurze Unterbrechung der Fahrt. Sollte es hierbei vorkommen, daß einzelne Züge nicht in die Bahnhöfe einfahren können und daher auf der Strecke stehenbleiben müssen, so dürfen die Fahrgäste wegen der damit verbundenen Lebensgefahr unter keinen Umständen den Wagen verlassen."

Die Demonstration der Hochbahner hat symbolische Bedeutung. In den nahezu Tag und Nacht ununterbrochenen Verkehrstrubel wird an dem für die deutsche Zukunft bedeutungsvollen Tag eine kleine Oase gelegt zur Stille und Ruhe, zur Besinnung und Ueberlegung. Dann geht es wieder weiter: Dienst, Arbeit, Rollen der Räder, Lärm, Brausen der Großstadt.

Charakterschwäche eines Wohnungsamtbeamten.

In der Strafsache gegen die beiden Architekten Albert Robert und Arthur Stelmazik wegen Bestechung wurde gestern die Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weigert fortgesetzt. Es handelt sich, wie wir bereits berichteten, um die Ergebnisse der Ermittelungen, die auf Grund von Mitteilungen des Geh. Finanzrats Huenberg in einer Wahlrede über Bestechungen in einem Berliner Wohnungsamt angestellt worden sind. Die Angeklagten sollen als Angestellte des Wohnungsamts dem schwedischen Millionär Christensen die Einweisung in eine 13-Zimmer-Wohnung verschafft haben, nachdem ihnen von dem Bevollmächtigten des Schweden eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt worden war (zu deren Auszahlung es aber nicht gekommen ist) und nachdem sie mit dem Bevollmächtigten eine sehr üppige Weinkneiperei mitgemacht hatten, zu der sie eingeladen worden waren.

Staatsanwalt Dr. Berliner hielt die Schuld der Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen Robert 2 Jahre, gegen den nur unbedeutend beteiligten Stelmazik 1 Monat Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Sänger für Robert und Dr. Kurt Pincus für Stelmazik die Freisprechung beantragten. — Das Gericht kam zur Verurteilung des Robert wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 3. Mai 1917, durch die die bei Reichsbehörden usw. beschäftigten Personen persönliche Vorteile sich nicht versprechen lassen oder annehmen dürfen und auf die gewissenhafte Pflichterfüllung zu vereiden sind. Das Gericht brachte u. a. zum Ausdruck, daß Herr Christensen, ein Ausländer, der offenbar die schlechte deutsche Valuta ausnutzt und sich an dem Ausverkauf Deutschlands beteiligt, unmöglich auf die Zuweisung einer 13-Zimmer-Wohnung rechnen konnte. Robert sei dem Christensen behilflich gewesen.

Dem Angeklagten Stelmazik ist eine Schuld in keiner Beziehung nachgewiesen, er ist deshalb freigesprochen worden. Bei der Strafabmessung für Robert hat das Gericht die beschämende Tatsache, daß ein Schwede, der sein Geld mißbraucht hat, um sich hier vorteilhaft anzukaufen und dann noch Andeutungen machte über die Bestechlichkeit deutscher Beamten, als erschwerend angesehen. Unter Verneinung mildernder Umstände hat das Gericht gegen Robert auf 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft und 5000 M. Geldstrafe erkannt.

„Du wirst eine große Freude haben."

Von dem Blödsinn der sogenannten Kettenbriefe haben wir in letzter Zeit wieder öfter gehört. Man erhält von einem Unbekannten einen Brief mit der von Drohungen begleiteten Aufforderung, ihn in Abschriften an neun verschiedene Personen zu senden, von denen jede ihn wieder in Abschriften an neun andere Personen zu senden hat — und so weiter. Wenn alle die Anweisung getreulich und sofort befolgten, so würden aus dem einen Briefschreiber 9, aus ihnen 81, aus ihnen 729, aus ihnen 6561, aus ihnen 59 049, aus ihnen 531 441, aus ihnen 4 782 969. Da wäre dann schon in ein bis zwei Wochen die ganze Bevölkerung von Groß-Berlin von den Säuglingen bis zu den Greisen in die „Kette" einbezogen, und bei der rasend schnellen Zunahme der durch immer neue Verneuntfachung sich vergrößernden Zahl könnten in etlichen Monaten die Bewohner des ganzen Erdballs mit Kettenbriefen beglückt worden sein. Einer dieser Briefe, der uns im Original vorgelegt wird, lautet so:

Fürs Glück!

Schreib' dies ab und sende es an 9 Personen, denen Du Glück wünschest! Zerreiße die Kette nicht; denn wer sie zerreißt, wird Unglück haben! Der Kreis geht 99 mal durch die Welt und wurde von einem amerikanischen Offizier begonnen. Tue es und lasse keine 24 Stunden vergehen! Zähle 9 Tage und Du wirst eine große Freude haben!

Einstweilen hatte der Empfänger keine große Freude an diesem Brief. Der Absender hatte nämlich die Ausgabe für das Porto gescheut und den Brief unfrankiert geschickt. Zweimal mußte der Briefträger, der von dem Empfänger das Porto einziehen wollte, zu diesem hinaufsteigen, ohne ihn anzutreffen. Erst beim dritten Male erreichte er ihn, und der Empfänger ließ in seiner Ahnungslosigkeit sich verleiten, die geforderten 80 Pf. Porto für den Brief, in dem er eine wichtige Mitteilung vermutete, zu zahlen. Er bittet uns um öffentliche Bekanntgabe seines Mißgeschickes, damit nicht noch andere in gleicher Weise durch das blödsinnige Treiben portosparender Kettenbriefschreiber geschädigt werden.

„Siedlung und Kleingarten", unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauflage bei.

Fernsprechamt „Merkur". Beim Fernsprechamt 5 (Französische Straße 33 b) wird voraussichtlich im Frühjahr 1922 eine zweite Fernsprechvermittlungsstelle in Betrieb genommen werden, die die Benennung „Merkur" erhalten soll. Die neue Vermittlungsanstalt Merkur wird eine große Zahl von Teilnehmersprechstellen umfassen, die gegenwärtig beim Amt Zentrum angeschlossen sind. Die Umschaltung bedingt für einen Teil der Fernsprechanschlüsse auch eine Aenderung der Anschlußnummern, von der die in Betracht kommenden Teilnehmer durch das Fernsprechamt 5 rechtzeitig Kenntnis erhalten werden.

Fortbildungslehrgänge für Sparkassen- und Kommunalkassenbeamte veranstaltet wie im verflossenen, so auch in diesem Winterhalbjahr der Brandenburgische Giroverband. Die Lehrgänge finden in der Zeit vom 5. bis 15. Dezember 1921 im großen Sitzungssaale des Brandenburgischen Landeshauses, Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21, statt. Bei Aufstellung des Lehrplanes ist besonders der neuzeitlichen Fragen und Aufgaben der Sparkassenbeamten und Kommunalkassenbeamten gedacht worden.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Genosse Lüdemann-Wilmersdorf hat das Mandat zur Stadtverordnetenversammlung nicht angenommen. An seiner Stelle tritt der bisherige Stadtrat Genosse Kohl-Wilmersdorf in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Im Eisenbahnzug um 240 000 M. beraubt wurde ein Händler Nikolaus S. aus Saarbrücken auf der Fahrt nach Berlin. Der Mann war nach Deutsch-Krone gefahren, um dort Kartoffeln aufzukaufen. Nach Erledigung seiner Geschäfte wollte er nach Neustettin fahren, wo er ebenfalls zu tun hatte. Auf der Fahrt von Deutsch-Krone nach Berlin war er eingeschlafen. Als er auf dem Schlesischen Bahnhof ankam, und noch ganz benommen war, entdeckte er, daß ihm die Brieftasche mit 240 000 M. weggenommen worden war. Als vermutliche Täter kommen fünf junge Burschen in Frage, die ihm auf dem Bahnhof in Schneidemühl schon in auffälliger Weise gefolgt waren.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt und etwas neblig bei größtenteils schwachen nördlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. Kreis. **Schöneberg-Friedenau.** Sämtliche Parteigenossinnen und -Genossen, welche nicht von den Betrieben aus zur Demonstration mitgehen, treffen sich nachmittags bis ½4 Uhr bei Obst Nachf. (A. Will), Martin-Luther-Str. 60, zum Abmarsch nach dem Wittenbergplatz.

Gewerkschaftsbewegung

Die Metallindustrie im Jahre 1920.

Die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, die ihre Berichte für das Jahr 1920 erscheinen lassen, zeigen eine erhebliche Zunahme der Arbeitskräfte. Es vermehrte sich die Zahl der „Vollarbeiter“ (das sind 300 Arbeitstage) im Berichtsjahre bei der Südwestdeutschen Eisen-Berufsgenossenschaft von 38 489 auf 49 904, der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft von 232 140 auf 259 884, der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft von 282 404 auf 332 717, der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 203 223 auf 224 391, der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 144 053 auf 160 061, der Schlesischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 120 150 auf 137 208, der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 148 714 auf 214 838 usw. Die Umstellung der auf die Kriegsarbeit eingerichteten Betriebe in die Friedenswirtschaft ist nunmehr restlos durchgeführt. Es wurde eine ganze Anzahl neuer Betriebe errichtet. Bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft beispielsweise über 300. Besonders bemerkenswert ist das Steigen der Summe der ausgezahlten Löhne. Bei der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft stieg von 1919 zu 1920 die Gesamtsumme der ausgezahlten Löhne von 1262 Millionen Mark auf 3763 Millionen Mark, also auf das Dreifache. Der Durchschnittslohn eines Versicherten (Vollarbeiters) stieg von 5438 auf 14 453 Mk. im Jahr. Diese Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes belief sich bei der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft von 4106 auf 10 079 Mk., bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 4000 auf 8136 Mk., bei der Schlesischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 3644 auf 10 126 Mk., bei der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von 4345 auf 10 624 Mk. usw. Es ist also eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Löhne und Gehälter in dem einen Jahre eingetreten.

Die Entschädigungsbeträge der Berufsgenossenschaften sind in ihren absoluten Ziffern wohl gestiegen, haben aber mit der Geldentwertung nicht gleichen Schritt gehalten. Bleiben doch die früher festgesetzten Renten im allgemeinen mit ihren alten Beträgen bestehen; in den Genuß der Zulagen kommt nur ein kleiner Teil der Renten. Beispielsweise zahlte die Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft im Jahre 1914 rund 5½ Millionen Mark, im Jahre 1920 aber 10¼ Millionen Mark an Entschädigungen aus. Rechnet man das aber um auf je 1000 Mk. der von den Unternehmern gezahlten anrechnungsfähigen Löhne (was deshalb das richtige Verfahren ist, weil sich die Renten neben dem Maße der Erwerbsunfähigkeit nach dem Arbeitsverdienst richten), so ergibt sich, daß im Jahre 1914 auf jenen Betrag durchschnittlich 18,50 Mk., im Jahre 1920 aber nur 3,85 Mk. an Entschädigungen entfielen. Bei der Schlesischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft verminderten sich von 1914 auf 1920 die auf 1000 Mk. Löhne bezogenen Entschädigungen von 20,37 Mk. auf 4,05 Mk. In diesem Verhältnis hat sich also die wirtschaftliche Lage der Rentenempfänger verschlechtert. Die Zahl der gemeldeten Unfälle hat im Jahre 1920 wieder zugenommen. Dagegen fand die der entschädigten eine Abnahme. Eine Auswirkung gesteigerter „Sparsamkeit“. Mit Wirkung vom 1. Juli 1920 an sind für alle Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften gleichlautende neue allgemeine Unfallverhütungsvorschriften in Kraft getreten. Als Neuerung enthalten sie die Einrichtung, daß in jedem Betriebe von den Arbeitern ein „Unfallvertrauensmann“ zu wählen ist, der den technischen Aufsichtsbeamten mit Rat und Tat zu unterstützen hat und überhaupt den Unfallschutz im Betriebe pflegen soll.

Vom „Recht auf Arbeit“.

„Wie ich es auffasse“ — sagt mit Michaelis der Leitartikler der „Arbeitgeber-Zeitung“. Er meint damit das Recht auf Streikbrecherarbeit. Für die Arbeitslosen erkennt er weder ein Recht auf Arbeit an, noch eine Verpflichtung zu ihrer Unterstützung. Aus dem Streik der Gastwirtsangestellten um Zahlung von Löhnen zieht der Biedere den Schluß, daß dem Recht auf Streik das Recht auf Arbeit — von Streikbrechern — gleichberechtigt gegenüberstehe. Eine Regierung, die nicht imstande oder nicht gewillt sei, Arbeitswillige — das heißt Streikbrecher — zu schützen, erfülle einen wesentlichen Teil ihres Daseinszwecks nicht.

Wollte dieser literarische Klopffechter des Unternehmertums seine Streikbrechermoral auf die Unternehmerorganisationen erstrecken, würde er übel anlaufen. Denn in den Reihen des organisierten Unternehmertums steht der „Außenseiter“ nicht höher im Ansehen als der Streikbrecher bei der organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft. Doch da hilft man sich mit der Doppelmoral: Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Daß dieser republikanische Staatsbürger wider Willen der Regierung die Rolle des Büttels für das Unternehmertum ansinnt, entspricht ganz seiner Tradition. Der Mißvergnügte klagt: „Bei uns genießt nachgerade der mit dem Knüppel schlagbereit hinter der Ecke stehende Streikposten als Bannerträger des sozialistischen Gedankens mehr Autorität als der staatliche Schutzmann.“ Der Streikposten steht moralisch turmhoch über dem Streikbrecher; er steht auch nicht in der Ecke, falls er nicht von den Hütern der öffentlichen Ordnung dorthin gedrängt wird. Er hat auch keinen Knüppel, während die Streikbrecher im Bewußtsein ihres Verrats sich unter gefälliger Mitwirkung ihrer Schutzpatrone mit allen möglichen Angriffswaffen ausrüsten. Die Gastwirtsgehilfen können dem Herrn, der in dem Streikbrecher beschützenden Schutzmann die höchste Autorität — nach dem Unternehmertum — erblickt, eine Sammlung von Knüppeln und Mordwerkzeugen zeigen, die sie von den Streikbrechern und sonstigen Helfershelfern des Unternehmertums erlangt haben.

Worauf aber der starke Mann des Unternehmerblattes hinaus will, geht aus folgenden Sätzen hervor:

„In Amerika hat man in der Pinkerton-Truppe ein Mittel zum Schutze Arbeitswilliger geschaffen, das sich bewährt hat. Es wird zu überlegen sein, ob es nicht an der Zeit ist, bei uns etwa durch entsprechenden Ausbau privater Wach- und Schließgesellschaften die Allgemeinheit vor den Gewalttätigkeiten radikaler Hetzer zu schützen, wenn der Staat dies nicht tut.“

Weder ist das Unternehmertum „die Allgemeinheit“, noch weniger gar sind es die Streikbrecher. Für die Arbeitnehmerschaft wird besonders zu überlegen sein, ob nicht den Pinkerton-Anfängen bei uns, die sich auch bei dem Streik der Gastwirtsangestellten zeigten, gründlicher als bisher zu wehren ist.

Ueberdies: Wenn die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in solcher Weise den sozialen Frieden propagiert, dann mag man sich in Unternehmerkreisen nicht wundern, wenn Sturm geerntet wird.

Der Streit im Einzelhandel.

Am 8. September wurde ein neuer Lohntarif zwischen der Einzelhandelsgemeinschaft und dem Deutschen Transportarbeiterverband vereinbart, doch konnte über den Neuabschluß des Manteltarifs keine Verständigung erzielt werden. Für das kaufmännische Personal ist seit Jahren die Freigabe eines halben Arbeitstages im Monat vereinbart, den auch die Arbeiter beanspruchen. Durch Schiedsspruch wurde auch den Handelshilfsarbeitern der freie halbe Tag zugestanden.

Die Unternehmer lehnen den Schiedsspruch ab.

Eine überfüllte Versammlung der Handelshilfsarbeiter hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Vollmeier erstattete Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und teilte mit, daß mit den Arbeitgebern nochmals über den Schiedsspruch eine Verhandlung stattfand, die aber auch zu keiner Verständigung führte. Die Arbeitgeber wollen den halben freien Tag nur dann gewähren, wenn sich die Handelshilfsarbeiter verpflichten, denselben durch Leistung von Ueberstunden nachzuarbeiten. Dieser Vorschlag wurde von der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer entschieden zurückgewiesen. Die Mitgliederversammlung hat sich mit dem Vorgehen der Lohnkommission einverstanden erklärt und beschlossen, die Stellung des Demobilmachungskommissars zunächst noch abzuwarten.

Ferner wurde die Organisationsleitung beauftragt, die Verhandlungen über neue Lohnsätze noch vor dem 15. November mit den Arbeitgebern aufzunehmen, da die zurzeit gezahlten Löhne dringend einer wesentlichen Aufbesserung bedürfen.

Ueber das Verhalten der Arbeitgeber herrschte starke Erregung unter den Versammelten, die von den einzelnen Diskussionsrednern dahin beantwortet wurde, sich bereitzuhalten, falls das letzte Mittel der Organisation zur Anwendung gebracht werden müßte.

Die Löhne im Fuhrgewerbe wurden nach der zum 31. Oktober erfolgten Kündigung des alten Lohntarifs am 1. November vor dem Schlichtungsausschuß neu geregelt. Die neuen Löhne bewegen sich zwischen 290 M. für Arbeiterinnen und 425 M. für Schwerfuhrwerksdutscher, Stalleute und Wächter. Unständige Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 10 M. Die Lohnfestsetzung gilt bis zum 31. Dezember. Ueber den Rahmenvertrag sollen die Parteien nach dem Schiedsspruch zunächst selbst verhandeln. In einer Versammlung der Arbeitnehmer berichtete John über die Verhandlungen und empfahl die Annahme des Schiedsspruches. In der sehr lebhaften Diskussion kam zum Ausdruck, daß die im Schiedsspruch gewährten Lohnerhöhungen keinen Ausgleich für die eingetretene Teuerung bieten, daher nicht befriedigen, jedoch gelangte derselbe mit schwacher Majorität zur Annahme. Da auch die Arbeitgeber dem Schiedsspruch zugestimmt haben, hat dieser Geltung erlangt. Diejenigen Betriebe, die sich weigern, die erhöhten Löhne zu zahlen, sind der Branchenleitung sofort bekanntzugeben. Die Verhandlungen über den Rahmenvertrag finden in den nächsten Tagen statt.

Lohnregelung in den Reichsbetrieben. Unser Bericht in der heutigen Morgenausgabe enthält einen Druckfehler. Die Kinderzulage beträgt nicht 30, sondern 80 Pfennig.

Wirtschaft

Die Verhinderung des Ausverkaufs im Rheinland. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat der Interalliierten Rheinlandkommission eine Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vorgelegt, welche an Stelle der bisherigen Verordnung über den Kleinhandelsverkauf an Ausländer treten soll. Die neue Polizeiverordnung weicht von der alten darin ab, daß nicht mehr der Verkauf sämtlicher Gegenstände an Ausländer verboten ist, sondern daß eine Liste bestimmter wichtiger Gegenstände aufgestellt wird, deren Verschleuderung ins Ausland verhütet werden muß. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat sich mit dieser Verordnung einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß sie nur bis zum 1. Dezember d. J. Gültigkeit haben soll. Sie hat sich ferner einverstanden erklärt mit gleichlautenden Verordnungen, die von den Verwaltungsbehörden der übrigen Teile des besetzten Gebietes für die gleiche Zeit erlassen würden.

Ein Ausfuhrverbot für Fische beantragt. Dem braunschweigischen Staatsministerium ist bekannt geworden, daß zurzeit wieder in großem Maßstabe Fische auf dem deutschen Markt aufgekauft und ins Ausland, besonders nach Holland, versandt werden. Die Folge dieses Zustandes würde in kurzem eine bedeutende Verteuerung der Fische sein. Das Staatsministerium — Abteilung für Ernährung — hat deshalb an das Reichsernährungsministerium die dringende Bitte gerichtet, schleunigst ein Ausfuhrverbot für Seefische zu erlassen, um dem deutschen Markte dieses wichtige Nahrungsmittel zu erhalten.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

der

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 21. Ziehungstag 7. November 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

2 zu 1 000 0 M 233795
2 zu 100000 M 51276
4 zu 30000 M 73062 146665
2 zu 15000 M 82707
10 zu 5000 M 19368 129398 168597 172651 229536
116 zu 3000 M 1449 6160 22535 32300 40968 64616 69629 74808 78320
112568 117009 121615 121776 126336 127076 128397 142778 146635 160546
164456 166501 167759 168672 169790 169973 172449 175997 186271 190543
195154 198471 216465 230026 236476 236680 238911 246366 246248 246551
247280 251112 251154 265278 269274 267157 169906 170163 276876 279209
279326 282733 283633 285091 292628 296058 296526 296930 290085
346 zu 1000 M 838 5179 6146 6245 6681 9133 10680 12761 12616
13840 14610 21436 23236 28083 29689 30146 30233 31492 32610 36004
36288 37143 39374 43740 47240 47330 50142 50960 51960 52767 57223
58060 59672 59743 64626 68873 69223 70557 71609 73236 73584 73761
74260 74571 77732 78646 80955 82902 84773 85314 88709 90830 91119
96116 96289 97740 98893 99061 99101 101378 103890 109927 114611
118370 119316 119604 122390 123068 124396 125112 127071 127529 131097
131205 132468 133697 135688 137900 140669 143182 143866 144030 147796
147817 148003 149947 151502 152056 153071 156634 157596 157900 161679
162393 163901 168806 168814 170253 171670 172130 177912 177922 178661
178916 180624 183819 186126 186617 186751 189100 195357 198833 199709
201879 203152 203478 204174 206106 206871 209907 212221 212248 215649
216016 217931 219734 219965 221361 225374 227731 231524 232341 232966
233343 236680 237454 237603 239261 240127 241656 245597 245880 246031
248591 249605 260059 260606 260707 264149 272860 274909 276033 276694
277647 280473 280149 281956 282010 284753 284521 285330 285443 288967
287168 288689 288944 292079 295480 296127 296936 298312 299489 298806
300000

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen:

4 zu 10000 M 25748 114021
14 zu 5000 M 18054 38170 96667 106444 113131 202661 255988
110 zu 3000 M 36036 38941 49431 63255 66341 73868 87051 89684
94183 97636 104046 105007 113672 113719 119949 131401 132191 136064
145782 146689 162470 167690 172413 176654 186560 187607 187561 191164
192065 192916 196749 207902 210793 214031 216166 216903 234716 237079
239116 240805 241066 241506 247687 249847 253633 258210 263604 267419
270049 270721 271647 279176 292664 293165 297695
396 zu 1000 M 39 699 2679 4241 4251 9167 10604 11734 16916
17916 20629 21746 22997 24431 26694 26946 30201 32611 32240 34466
36101 36047 36568 37854 39066 40394 40529 41289 41865 47926 47149
49171 49559 54960 55147 56182 58035 59614 60316 61225 64410 65826
67539 67993 68776 69300 69573 69563 71496 72985 74052 77554 79293
85956 87141 89497 89694 91670 92284 94912 96849 100756 102129
102497 104149 109680 110489 111738 113363 114378 114425 115623 115974
116414 119346 119675 119866 120274 121625 122917 122991 128433 130737
130634 131927 132412 133219 134449 134636 137105 136666 138464 140089
142114 143240 144061 144234 147637 153704 153868 153979 155787 156610
159362 159707 160744 160977 162063 164746 166083 164437 167197 168494
169642 169931 170126 170236 173629 174205 181490 183414 183493 183644
184699 185609 187621 188087 191474 193673 196786 198629 199667 201672
203402 203963 206306 206333 206447 210121 211439 212180 212968 216164
216346 216879 218774 222140 222960 226772 226739 228151 233687 238943
238150 237180 237709 239010 239126 244381 245414 250028 250052 250110
250740 251309 251753 253667 253701 257912 260166 260660 261038 261956
262014 265644 266644 266993 269677 271910 272068 273760 274616 275197
275966 276037 276049 280026 280418 281526 283892 283677 284693 284911
291669 292703 295405 295614 296396 297056

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeldlichen Einsicht ausliegen.

Deutsche Männer und Frauen, höret diesen Ruf!

Zu spät ist es nicht, sich weiterzubilden, den Kreis seiner Kenntnisse zu erweitern, wenn uns nur die richtige Gelegenheit dazu geboten wird. Es ist für jedermann, wes Standes er auch sei, heutzutage eine eiserne Notwendigkeit, sich in seinem Berufe auszukennen. — Wissen ist Macht. — Unsere Kenntnisse sind unser unveräußerbares Eigentum, welches uns niemand rauben kann.

Ein Universal-Bildungswerk ersten Ranges für Kriegsbeschädigte, Kaufleute, Beamte und für die ganzen handwerklichen Berufsarten ist nur

Die Hand-Bibliothek des allgemeinen u. praktischen Wissens

von Em. Müller-Baden.

2 große Prachtbände à 115 Mark mit Zahlungserleichterung von monatlich **nur 20 M.**

Die Lieferung des Werkes erfolgt ohne Anzahlung, siehe Bestellschein.

Inhalt: Ueber 2700 Textseiten, über 700 Abbildungen mit zahlreichen Uebungsvorlagen und bunten Tafeln, einem französischen und englischen Sprachkursus — Anorganische Chemie — Maschinenanlage und Maschinenbau über Dampf-, Verbrennungs-, Wasserkraft-, Wind- und Arbeitsmaschinen — Physik (die Lehre von der Wärme, Optik, Magnetismus, Elektrizität und Elektrotechnik) — Rechtschrift — Schönschreiben und Rundschrift — Deutsche Sprache (richtig Deutsch sprechen und schreiben) — Stenographie (System Gabelsberger und Stolze-Schrey) — Buchführung (einfach, doppelt und amerikanisch) — Rechnen (mit Wechselrechnen und Algebra) — Lohn- und Akkordberechnung — Erd- und Völkerkunde (mit farbigen Abbildungen über alle Volkstypen der Erde, über Mineralien, Pilze, Nadel- und Laubbäume, Getreidearten, Obstbäume, Käfer, Schmetterlinge sowie die wichtigsten Tiere der ganzen Erde) — Kultur- und Literaturgeschichte — Himmelskunde — Geographie und Ethnographie — Geologie (mit einem Grundriß der Gesteinskunde oder Mineralogie) — Geometrie: Planimetrie, Trigonometrie und Stereometrie — Briefsteller — Musterformulare zu Schriftstücken aller Art im Verkehr mit Gerichten und Behörden usw.

Die Hand-Bibliothek bringt Aufklärung auf allen Gebieten, in denen heutzutage jeder bewandert sein muß.

Buchhandlung A. M. Feller, Hermsdorf bei Berlin. — Postscheck-Konto Nr. 28534 Berlin NW 7.

Bestellschein aus dem „Vorwärts“. An die Buchhandlung A. M. Feller, Hermsdorf b. Berlin. Ausgefüllt und verschl. Brief 1.25 M. Unterzeichneter bestellt hiermit die Hand-Bibliothek, 2 gr. Prachtbände à 115.— M. mit Zahlungserleichterung von monatlich nur 20.— M. Erfüllungsort Berlin.
Name: ____
Stand: ____
Ort: ____

Altmetalle kauft zu höchsten Preisen Freihoff Nachfg. Mariannenstraße 7a

Altmetalle kauft zu hohen Preisen, da dringend Bedarf Metallschmelze Mariannenstr. 12 Edelmetalle ebenfalls höchstzahl

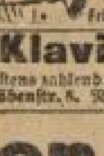
Wer zahlt für Gold-, Silber- und Platin-Bruch u. Gegenstände die höchsten Preise? nur Gebr. Fuhrmann Nollendorfstraße 39

Metall-Bettstellen Kinderwagen Bettfedern Korbmöbel Fürst, Neukölln Hermannstraße 38 Ecke Mahlower Str. Fabrik f. Ruhebett., Auflegematratz. u. Feldbettstell — Fabrikpreise. Lieferung frei Haus —

Platin Gold-, Silberbr., Zähne Zinn Blei, Kupfer, Quecksilb. usw. kauft z. Engrospr. Scharnow, Langestr. 55, am Schles. Bhf.

Kapitän-Kautabak einmal geprobt — immer gelobt. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäft. usw. Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Röder, Berlin, Lichtenberger Straße 22 (Königstadt 3861).

GOLD- Silber- Platin- Bruch kauft Silber-Zentrale Gotzkowskystr. 13



Hilfe bei Rückgrat-Verkrümmungen! Lehrr. Broschüre sendet geg. 2 Mk. Paul Wenzel Berlin Friedrichstr. 23.

Klaviere bestens zahlend kauft Herer, Göbenstr. 8. Nollend. 1154.

Gurkofix feinster Gurkensalat Ueberall erhältlich! Carl Timmer, Essig-, Mostrich- und Konservenfabrik Berlin, Büschingstr. 6

Metalle Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, sämtl. Metallbruch kauft zu höchsten Preisen Metallbörse Sawallisch Putbuser Str. 38.

Korbmöbel kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim Hersteller A. Lesdau Werkstätten für feine Korbmöbel. Fernspr.: Neukölln 1759 Ausstellung u. Verkauf nur Neuk., Anzengruberstr. 20

Kreuz-, Silber-, Zobelfüchse von 175 Mark an Pelzhaus Jägermann Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

Haus Oranien gewährt vermittels Höhensonnen, Diathermie, Licht-, Vierzellenbäder usw. größte Heilerfolge gegen Erkältungskrankheiten, Grippe, Rheuma, Ischias, Lähmungen, Schreibkrampf, Schlaflosigkeit, Blutarmut, Nervenleiden u. a. — 15 Behandlungen von M. 80,— an. — Prospekte und Auskünfte kostenlos.

Elektromedizinische Anstalt und Höhensonnenbad ersten Ranges unter Leitung von Aerzten, auch einer Aerztin
ORANIENSTRASSE 37